

■ War die Friedensbewegung der achtziger Jahre tatsächlich kommunistisch „unterwandert“ und von Moskau gesteuert, wie immer wieder behauptet wird? Holger Nehring und Benjamin Ziemann, zwei in Großbritannien lehrende Historiker, wenden sich vehement gegen diese fast schon zur Meistererzählung geronnene Deutung. Sie analysieren die Wurzeln der Friedensbewegung, betonen ihre Vielfalt und betten sie in die Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses und der allgemeinen NATO-Krise ein, die sich damals nicht zuletzt an der Frage entzündete: Wie sicher ist Europa und die Bundesrepublik? ■

Holger Nehring/Benjamin Ziemann

Führen alle Wege nach Moskau?

Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik

Seit der deutschen Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts 1990/91 hat sich eine Meistererzählung über die bundesdeutschen und westeuropäischen Friedensbewegungen der 1980er Jahre etabliert, welche die Protestbewegungen weithin durch die Brille des Kalten Krieges interpretiert. Diesen Deutungen zufolge waren die Friedensbewegung, ihre Aktivistinnen und Aktivisten sowie ihre Unterstützer letztlich – offen oder verdeckt – von Moskau gesteuert. Jeffrey Herfs 1991 erschienene Pionierstudie, welche auf der Auswertung von Meinungsumfragen und ausgewählten bundesdeutschen Quellen sowie einigen (übersetzten) sowjetischen Propagandaverlautbarungen beruhte, bildet implizit oder explizit den Ausgangspunkt für solche Argumentationen. Herf konstatiert einen von der Sowjetunion gegen die westlichen Demokratien geführten „Krieg mit anderen Mitteln“ und knüpft damit nahtlos an zeitgenössische politische Deutungen der achtziger Jahre an. Er versucht nachzuweisen, wie nach dem Zerfall der Protestbewegung von „1968“ verschiedene Gruppen sowjetisches Gedankengut aufgriffen, das sich dann, unter direktem Einfluss sowjetischer Propaganda, in den Debatten um den NATO-Doppelbeschluss von 1979 bis 1982 Bahn zu brechen begann. Anders als in den 1920er Jahren, so Herf, waren es nun die Konservativen, welche die von moskauhörigen Linken betriebene Drift der Bundesrepublik aus der westlichen Wertegemeinschaft und in den nationalen Alleingang aufhalten konnten¹.

Unlängst untermauerte Gerhard Wettig in einem langen Aufsatz diese Deutung von Genese und Relevanz der bundesdeutschen und, weniger, der westeuropäischen Friedensbewegung unter Bezugnahme auf nun verfügbare sowjetische Akten². Die „Anti-Raketen-Bewegung im Westen“ erscheint dabei als Resultat einer

¹ Vgl. Jeffrey Herf, *War by other Means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles*, New York 1991, S. 3, S. 67–82 u. S. 233.

² Vgl. Gerhard Wettig, *Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983*, in: VfZ 57 (2009), S. 217–259. Alle Seitenzahlen in Klammern beziehen

konzertierten „Kampagne“, die den Anweisungen des Kreml und des KPdSU-Parteisekretariats „zur Mobilisierung der westlichen Öffentlichkeit“ folgte (S. 229 f.). In der Bundesrepublik gab die KPdSU, so Wettig, „genaue Instruktionen“ an die Vertreter der DKP-nahen „Deutschen Friedens-Union“ (DFU) aus (S. 230). In der Vorbereitung des Krefelder Appells und bei weiteren Aktionen der Friedensbewegung war es Wettig zufolge Josef Weber, Vorsitzender des „Bundes der Deutschen“, einer früheren KPD-Ersatzorganisation, der „vermutlich einen direkten Draht nach Moskau hatte und die Fäden hinter den Kulissen zog“ (S. 231). Nach dem Krefelder Appell und dem parallel ergangenen Bielefelder Appell „kam [es] zu einer beispiellosen Massenmobilisierung. Zur Wirksamkeit der Propaganda trug wesentlich bei, dass die aktuelle Rüstungsentwicklung den langjährigen sowjetischen Vorwurf gegen die USA zu bekräftigen schien, diese würden einen auf fremdes Territorium begrenzten Nuklearkrieg vorbereiten.“ (S. 231) Mit Blick auf Strategie und Organisation der bundesdeutschen Friedensbewegung hält Wettig fest:

„Die Entscheidungen der Anti-Raketen-Bewegung wurden wesentlich von der Forderung der DKP-, DFU-, BdD- und KOFAZ-Funktionäre bestimmt, alles Trennende müsse beiseite bleiben, damit man die Abrüstung gemeinsam voranbringen könne. Jede ‚Spaltung‘ sei zu vermeiden, der ‚Minimalkonsens‘ zu wahren. Der Kampf sei allein gegen die NATO-Raketen zu richten. [...] Die aus K-Gruppen hervorgegangenen Ökosozialisten machten sich, unterstützt von Agenten der DDR-Staatssicherheit, die bei den Grünen in wichtige Positionen gelangt waren, gegenüber den Pazifisten zu Anwälten dieses Standpunkts. Zudem verfügten Weber und seine Leute noch über andere Mittel. Sie konnten den – oft mit keinerlei organisatorischem Rückhalt ausgestatteten – Protestierern die benötigten Finanzen und Dienstleistungen entweder gewähren oder verweigern. Durch diese aparte Kombination von Argumenten und Ressourcen war es ihnen möglich, ihre Linie auch gegen starken Widerstand durchzusetzen.“ (S. 232)

Wettig knüpfte damit an Udo Baron, Jürgen Maruhn und Manfred Wilke an, die auf der Basis von DDR-Akten zu ähnlichen (oft etwas differenzierteren) Schlussfolgerungen gelangt waren³. Wie wirkmächtig eine solche Deutung einer kommunistischen Unterwanderung der Friedensbewegung nach 1989/90 wurde, lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass der Doyen der historischen Sozialwissenschaft,

sich im Folgenden auf diesen Text. Die englische Version (Gerhard Wettig, *The last Soviet Offensive in the Cold War. Emergence and Development of the Campaign against NATO Euromissiles, 1979–1983*, in: *Cold War History* 9 (2009), S. 79–110) des Artikels akzentuiert die im Folgenden kritisierte Instrumentalisierungsthese noch stärker.

³ Vgl. Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hrsg.), *Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte*, München/Wien 2002; Udo Baron, *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei ‚Die Grünen‘*, Münster 2003; Michael Ploetz/Hans-Peter Müller, *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß*, Münster/Hamburg 2004.

Hans-Ulrich Wehler, nun zumindest implizit auf diese Version eingeschwenkt ist. Während der achtziger Jahre hatte er sich noch durch kritische Stellungnahmen gegenüber der von Helmut Kohl geführten liberal-konservativen Koalition und deren Ziel einer „Tendenzwende“ gegen links hervorgetan. Ohne jegliche empirische Belege spricht Wehler nun im fünften Band seiner Gesellschaftsgeschichte von den „hysterischen Angstbekundungen“ der Friedensbewegten. Die Teilnehmer von Friedensdemonstrationen ließen, so Wehler, jegliches Verständnis der „gebotene[n] machtpolitische[n] Antwort auf die neue sowjetische Bedrohung“ vermissen⁴.

Diese von Herf, Wettig, Wehler und anderen vorgetragene Interpretation der Entstehungskontexte und Strategien der Friedensbewegung ist unseres Erachtens nicht nur empirisch haltlos. Sie ist zudem in konzeptioneller Hinsicht unbefriedigend. Denn ihre Vertreter ignorieren die von der soziologischen und historischen Forschung angebotenen Interpretationsansätze für die Kontexte und Motive von massenhaften Protesten zugunsten einer schlichten Instrumentalisierungsthese, welche als einseitig politische Schuldzuweisung fungieren soll. Dabei hat gerade die jüngere Forschung versucht, den Angstdiskurs der achtziger Jahre in den Kontext einer Geschichte der Emotionen zu stellen und nicht ins Reich der Massenhysterien zu verbannen⁵.

Ebenso wenig kann es freilich darum gehen, die Beteiligung von Kommunisten und kommunistischer Gruppen in der bundesdeutschen und westeuropäischen Friedensbewegung zu ignorieren und den eindeutig von Moskau aus gesteuerten Weltfriedensrat als Teil der globalen Friedensbewegung auszuklammern. Dies ist das Markenzeichen einer dem friedensbewegten Aktivismus verpflichteten „peace history“, wie sie etwa Lawrence Wittner in seiner monumentalen Trilogie zur Geschichte der globalen Protestbewegung gegen Atomwaffen vorgelegt hat⁶. Letztlich liegt beiden Erklärungsansätzen – dem Wittners und dem Wehlers, Wettigs und anderer – ein historiographisches Narrativ der Blockkonfrontation zugrunde, das den zeitgenössischen Interpretationen aus der letzten Dekade des Kalten Kriegs verhaftet bleibt und von der Forschung längst durch komplexere Deutungen überholt worden ist⁷.

⁴ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: 1949–1990, München 2008, S. 250. Noch stärker akzentuiert ist diese These in seinem Debattenbeitrag, in: *Bundesrepublik und DDR. Die Debatte um Hans-Ulrich Wehlers „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“*, hrsg. von Patrick Bahners und Alexander Cammann, München 2009, S. 255 f. In der Debatte zustimmend reagiert dabei vor allem Joachim Scholtyseck, in: Ebenda, S. 249.

⁵ Vgl. Susanne Schregel, *Konjunktur der Angst. „Politik der Subjektivität“ und neue Friedensbewegung, 1979–1983*, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009, S. 495–520.

⁶ Vgl. Lawrence S. Wittner, *Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1971 to the Present*, Stanford 2003, S. 39, S. 136 u. S. 335.

⁷ Es sei darauf hingewiesen dass der Tenor des Beitrages von Wettig weitgehend mit Thesen übereinstimmt, die dieser bereits zur Zeit der Nachrüstungsdebatte im Kontext der politisch induzierten Forschung zur Sowjetunion vorgelegt hat. Vgl. Gerhard Wettig, *Die Funktion der westeuropäischen Friedensbewegung in sowjetischer Sicht*, Köln 1983.

Stattdessen sollte es der zeithistorischen Forschung darum gehen, das Engagement kommunistischer Gruppen innerhalb der Friedensbewegung sozial- und kulturgeschichtlich einzuordnen und mit den ganz verschiedenen Erfahrungshaushalten sozialer Bewegungen der siebziger Jahre zu verbinden, wie sie überall in Westeuropa entstanden. Aus der Perspektive der traditionellen Politikwissenschaft, welche sich zumeist an „links“ und „rechts“-Kategorien orientiert und politisches Engagement vor allem als Verwirklichung von „Interessen“ fasst, lassen sich Phänomene wie die Friedensbewegung nicht erklären⁸. Durch eine solche sozial- und kulturgeschichtliche Perspektive würde sich der zeithistorischen Forschung ein ganz neues Erklärungspotential öffnen, das zeigen könnte, wie sich die Friedensbewegungen – trotz ihres grundsätzlichen Widerspruchs gegen das System des Kalten Krieges – selbst in den ideologischen Konflikt zwischen Liberalismus und Kapitalismus und um die richtige Form von „Demokratie“ als einem von Parteien vermittelten parlamentarischen Repräsentationssystem eingeschrieben haben⁹.

In unserer Kritik werden wir zunächst (I.) auf die empirischen und konzeptionellen Schwächen von Wettigs Interpretation der Friedensbewegung eingehen, bevor wir (II.) die Frage erörtern, wie die Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses vor dem Hintergrund neuerer Ansätze zur Erforschung des Kalten Krieges dargestellt werden kann. Abschließend (III.) fassen wir unser Argument knapp zusammen.

I. Die Legende von der ferngelenkten Friedensbewegung

Problematisch an Wettigs Darstellung der „Anti-Raketen-Bewegung“ ist zunächst einmal der Name selbst und die damit zugleich implizierte Chronologie. Es handelte sich nämlich keineswegs um eine Bewegung, die erst nach dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 und nach der unter sowjetischer Einflussnahme „nun beginnenden Kampagne“ entstand (S. 228). Die Friedensbewegung – so die von den Protestierenden selbst durchgängig benutzte Bezeichnung – hatte bereits Mitte der 1970er Jahre erheblich an Dynamik gewonnen. Den Anlass dafür boten zum einen Verknüpfungen mit den Protesten gegen die zivile Nutzung der Kernenergie, die 1975 mit der Besetzung des Reaktorgeländes im badischen Wyhl einen ersten spektakulären Höhepunkt erreichten. Die treibende Kraft war dabei die politisch fast durchweg konservativ eingestellte örtliche Bevölkerung im badisch-französischen Grenzgebiet, die auch transnationale Kontakte nach Frankreich knüpfen konnte. Durch die Resonanz der Massenmedien fanden

⁸ Vgl. Belinda Davis, *What's Left? Popular Participation in Postwar Europe*, in: *American Historical Review* 113 (2008), S. 363–390, bes. S. 379, sowie die Beiträge in Belinda Davis/Carla MacDougall/Wilfried Mausbach (Hrsg.), *Changing the World, Changing Oneself. Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s*, New York 2010.

⁹ Vgl. Martin Conway, *The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age 1945–73*, in: *Contemporary European History* 13 (2004), S. 67–88.

diese Proteste bald bundesweite Beachtung¹⁰. Die Angst vor einer Belastung mit radioaktiver Strahlung, die bereits von der Lagerung nuklearer Sprengköpfe ausging, schuf eine Art Brücke zu Initiativgruppen, die sich für eine Reduktion der nuklearen Waffenarsenale einsetzten. Die Ikonographie der Anti-Atombewegung verband deshalb zwanglos Symbole beider Nutzungen der Kernspaltung, indem sie zum Beispiel das Bild eines Atompilzes über den Kühlturm eines Kernkraftwerkes montierte¹¹.

Zum anderen waren es Impulse aus der ökumenischen Weltbewegung, die vornehmlich in den protestantischen Kirchen der Bundesrepublik aufgenommen wurden und zu einer Intensivierung des Engagements führten. So begann etwa 1976 in Württemberg eine Gruppe namens „Ohne Rüstung Leben“ ihre Arbeit. Sie ging auf Beschlüsse des Weltkongresses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi 1975 zurück, dessen Teilnehmer eine Verpflichtung zum Einsatz für eine Welt ohne Waffen abgelegt hatten. Diese Initiative ging im April 1978 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in der sie die Bürger der Bundesrepublik aufforderte, eine Selbstverpflichtung zu unterschreiben, nach der sie ohne den Schutz von Waffen zu leben wünschten. Bereits vor dem Doppelbeschluss erzielte diese im Raum Stuttgart entstandene Aktion in der gesamten Bundesrepublik beträchtliche Resonanz. Sie entwickelte sich in der Folge zu einem auch organisatorisch bedeutsamen Träger der Friedensbewegung¹². Auch die protestantische „Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste“ ist hier zu nennen. Sie machte bereits vor 1979, dem Vorbild niederländischer Proteste im Rahmen des Interkirchlichen Friedensrates folgend, das Engagement gegen Atomwaffen zu einem zentralen Bestandteil ihrer politischen Arbeit¹³.

Besonders die Darstellung von Wettig geht fehl darin, die als Reaktion auf den Doppelbeschluss erfolgende Massenmobilisierung als das Resultat einer direkt von Moskau ferngelenkten Propagandakampagne zu interpretieren, die über Josef Weber, den Vertreter der DFU in der den Krefelder Appell tragenden Initiative, die westdeutsche Öffentlichkeit erreichte. Diese These überschätzt den Einfluss von Kommunisten in den Koordinationsgremien der Friedensbewegung maßlos. Letztlich reproduziert sie direkt die Selbstwahrnehmung des Kremls und des sowjetischen Sicherheitsapparates. Diese Lenkungs-These ist bereits zeitgenössisch auch innerhalb der Friedensbewegung zum Gegenstand kontro-

¹⁰ Vgl. die in Oxford entstehende Dissertation von Andrew Tompkins (Merton College) zu Creys-Malville im transnationalen Kontext. Vgl. ferner Jens-Ivo Engels, Südbaden im Widerstand. Der Fall Wyhl, in: Kerstin Kretschmer/Norman Fuchsloch (Hrsg.), Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation. Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfedern regionaler Entwicklung, Freiberg 2003, S. 103–130; Holger Nehring, Genealogies of the Ecological Moment: Planning, Complexity and the Emergence of ‘the Environment’ as politics in West Germany, 1949–1982, in: Sverker Sörlin/Paul Warde (Hrsg.), Nature’s End. History and the Environment, Basingstoke 2009, S. 115–138.

¹¹ Vgl. Wittner, *Toward Nuclear Abolition*, S. 23.

¹² Vgl. Benjamin Ziemann, A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), S. 351–389, hier S. 362–364.

¹³ Vgl. ebenda, S. 365.

verser Erörterungen geworden. Wilfried von Bredow und Rudolf H. Brocke haben ihre auf dem Studium veröffentlichten Materials und auf Gesprächen mit zahlreichen Akteuren beruhende Sicht 1987 folgendermaßen formuliert: „Wenn sich auch politischer Einfluß von dieser Richtung her auf die Friedensbewegung nicht leugnen läßt, so ist er doch längst nicht so stark, als daß man ernsthaft von einer kommunistischen ‚Steuerung‘ der Friedensbewegung sprechen könnte.“¹⁴ Sie weisen zugleich darauf hin, dass es im 1982 gegründeten Koordinationsausschuss der Friedensbewegung eine „informelle Koalition“ aus der SPD und der DKP nahestehenden Gruppen gegeben habe. Diese bezog sich allerdings nicht auf die friedenspolitischen Ziele, sondern auf die Gegnerschaft zu Protest- und Präsentationsformen der autonomen Gruppierungen und ihrer „Bürgerschreck-Haltungen“¹⁵.

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts ist die Frage der kommunistischen Einflussnahme auf die Friedensbewegung auch mit Hilfe archivalischer Quellen untersucht worden. Nach gründlicher Auswertung der Akten des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAB) und der einschlägigen Überlieferung der SED kommt selbst Udo Baron, der ebenfalls (allerdings differenzierter als Wettig) die These einer kommunistischen Unterwanderung vertritt, zu der eindeutigen Schlussfolgerung, dass es der DKP „nicht“ gelang, „mit Hilfe des KOFAB der Friedensbewegung ihre Politik aufzuzwingen und ihre Basis entscheidend zu erweitern“¹⁶. Baron hält weiter fest, dass es nicht zuletzt wichtige Vertreter der Grünen waren, unter ihnen Petra Kelly und Gert Bastian, die sich „bewusst gegenüber den Vereinnahmungsversuchen der DKP“ abgrenzten. Eine wichtige Strömung innerhalb der „Grünen“ versuchte Kontakte mit unabhängigen Friedensgruppen in der DDR zu knüpfen und protestierte ganz explizit auch gegen die Hochrüstung und die Umweltzerstörung in den Ländern des Warschauer Paktes¹⁷.

Diese Haltung sorgte auch im Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung für Konflikte, wo Vertreter der „Grünen“ die Rolle der DKP kritisierten. Festzuhalten bleibt jedoch, dass gerade Gert Bastian, auch nachdem er im Januar 1984 mit Petra Kelly aus der Krefelder Initiative ausgetreten war, den „Vorwurf einer kommunistischen Steuerung dieser Initiative“ zurückwies und eine weitere Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Friedensbewegung ausdrücklich befürwortete¹⁸. Daran zeigt sich exemplarisch, dass den vielen nicht der DKP na-

¹⁴ Wilfried von Bredow/Rudolf H. Brocke, *Krise und Protest. Ursprünge und Elemente der Friedensbewegung in Westeuropa*, Opladen 1987, S. 156.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Udo Baron, *Das KOFAB, die „Grünen“ und die DKP in der Friedenskampagne*, in: Maruhn/Wilke (Hrsg.), *Die verführte Friedensbewegung*, S. 67–95, hier S. 81.

¹⁷ Ebenda, S. 85 f.; vgl. Thomas Klein, „Frieden und Gerechtigkeit“. Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der achtziger Jahre, Köln 2006, S. 178; Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 1997, S. 495; Stephen Milder, *Thinking Globally, Acting (Trans-)Locally: Petra Kelly and the Transnational Roots of West German Green Politics*, in: *Central European History* 43 (2010), S. 301–326.

¹⁸ Vgl. Baron, *Das KOFAB*, in: Maruhn/Wilke (Hrsg.), *Die verführte Friedensbewegung*, S. 91.

hestehenden Mitgliedern der Friedensbewegung eine Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht aufgezwungen wurde, sie suchten diese vielmehr ausdrücklich. Denn ein Anliegen der Friedensbewegung bestand darin, die Blockkonfrontation auch dadurch zu überwinden, dass man sich vom anti-kommunistischen Grundkonsens der Bundesrepublik löste und gezielt Gemeinsamkeiten mit Kommunisten auslotete, dabei aber auch Differenzen klar artikulierte.

Die These der aus Moskau „ferngesteuerten“ oder von Kommunisten „verführten“ Friedensbewegung ist also bereits mit Blick auf die Entscheidungsprozesse in den Koordinationsgremien der Bewegung nicht haltbar. Sie ist es noch viel weniger, wenn man die Perzeptionsmuster und Bedrohungswahrnehmungen betrachtet, welche die in die Millionen gehende Zahl der dauerhaft Aktiven, der gelegentlichen und der potenziellen Unterstützer der Protestaktionen motivierten. Umfragen zufolge bezeichneten sich in den 1980er Jahren 2,7 Prozent aller Erwachsenen in der Bundesrepublik als aktive Teilnehmer an der Friedensbewegung, der höchste in fünf westeuropäischen Ländern gemessene Wert. Als potenzielle Aktivisten definierten sich 45 Prozent der Bundesbürger¹⁹. Es versteht sich von selbst, dass die Perzeptionsmuster von Millionen von Anhängern und Sympathisanten einer Protestbewegung nicht einfach durch von Moskau gelenkte „Propaganda“ (S. 231) geformt werden können. Die soziologische und historische Protestforschung spricht hier vom „Framing“, um solche Prozesse zu analysieren. Als Frames werden dabei kollektiv verwendete Semantiken bezeichnet, welche die Wahrnehmung von Bedrohungen strukturieren, dabei aber zugleich Auswege aufzeigen und somit zum Protest motivieren²⁰. Frames wirken „in kognitiver Hinsicht als WahrnehmungsfILTER, und in emotionaler Hinsicht stiften sie über gemeinsam geteilte Deutungsmuster Gemeinschaft. Entscheidend für erfolgreiche Mobilisierung ist in diesem Zusammenhang zweierlei: Zum einen müssen Protestbewegungen in der Öffentlichkeit vorhandene Frames aufgreifen, zum anderen müssen sie selbst Frames entwickeln, um sich als Protestbewegung darzustellen.“²¹

Eine Untersuchung der zahlreich vorhandenen Text- und Bildquellen und auch der Meinungsumfragen, die Aufschluss über das Framing der Friedensbewegung geben, zeigt eine sehr komplexe Gemengelage von Motiven und Perzeptionsmustern an. Keineswegs war nur von einem „auf fremdes Territorium begrenzten Nuklearkrieg“ die Rede, den die USA planten, wie Wettig unterstellt (S. 231). In der Friedensbewegung existierten vielmehr eine Reihe divergierender Perzeptionen der Bedrohungssituation und der von Atomraketen ausgehenden

¹⁹ Vgl. Dieter Rucht, *Peace Movements in Context: A Sociological Perspective*, in: Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War*, Essen 2007, S. 267–279, hier S. 272.

²⁰ Vgl. Jürgen Gerhards/Dieter Rucht, *Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany*, in: *American Journal of Sociology* 98 (1992), S. 555–596.

²¹ Thorsten Bonacker/Lars Schmitt, *Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten. Perspektiven soziologischer Protestforschung am Beispiel der (neuen) Friedensbewegung*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 32 (2004), S. 193–213, hier S. 209.

Gefahren nebeneinander. Neben der Auffassung, dass die USA einen auf Europa begrenzten Nuklearkrieg vorbereiteten, gab es mindestens drei weitere wichtige, als WahrnehmungsfILTER wirkende Motivcluster, welche die Mobilisierung verschiedener Strömungen in der Friedensbewegung ermöglichten²².

Zu nennen ist hier, erstens, der sozialdemokratisch orientierte Flügel der Friedensbewegung, und hier insbesondere die Vertreter des DGB, die nicht Frieden, sondern internationale Entwicklung als Gegensatz zu einem drohenden Krieg verstanden. In dieser Sicht waren beide Supermächte gleichermaßen für die Eskalation des nuklearen Wettrüstens verantwortlich. Als dessen wichtigste Folge sah man die Verschwendung wichtiger Ressourcen, die besser für den Kampf gegen Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt verwendet werden sollten²³. Für das zweite wichtige Motivcluster war die potenzielle Gefahr eines atomaren Krieges in Europa nicht das Resultat einer von den USA geplanten Aggression, sondern die eindeutige Konsequenz der Blockkonfrontation und der direkt und mittelbar durch sie perpetuierten Logik atomarer Abschreckung. Ziel der Friedensbewegung müsse es deshalb sein, eine „Détente von unten“ herbeizuführen, welche die Völker Europas auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in autonomen Formen der politischen Selbstorganisation gegen die Supermächte zusammenführe²⁴.

Ihren wichtigsten Ausdruck fand diese Form des Framing in „European Nuclear Disarmament“ (END), einem maßgeblich auf Betreiben britischer Aktivisten wie E.P. Thompson und Ken Coates im April 1980 entstandenen Zusammenschluss von mit der Friedensbewegung verbundenen Gruppen und Individuen in Ost und West. Als institutioneller Angelpunkt und organisiertes Forum einer europaweiten Friedensbewegung war END von Beginn an eine äußerst fragile und kaum handlungsfähige Konstruktion. Dies lag neben den Problemen bei der Einbindung osteuropäischer Aktivisten insbesondere an der Weigerung einer Mehrheit von CND, der seit 1958 in Großbritannien aktiven *Campaign for Nuclear Disarmament*, Kontakte mit regimeunabhängigen Friedensgruppen in Osteuropa zu suchen. Diese Weigerung ging auf den Einfluss traditioneller Marxisten und von Vertretern der British Communist Party in den Reihen von CND zurück und belegt, dass der kommunistische Einfluss auf die Friedensbewegung in Großbritannien weitaus größer war als in der Bundesrepublik²⁵.

Hier waren es vor allem die „Grünen“ in der Friedensbewegung, deren Kritik der Nachrüstung mit einer generellen Kritik der Blockkonfrontation verbunden war. Gerade Vertreter des feministischen Flügels der „Grünen“ wie Petra Kelly und die teils mit den „Grünen“ liierte, teils autonome Strömung der Frauenfriedens-

²² Vgl. Matthias Finger, *The New Peace Movement and its Conception of Political Commitment*, in: Katsuya Kodama/Unto Vesa (Hrsg.), *Towards a Comparative Analysis of Peace Movements*, Aldershot 1990, S. 217–233.

²³ Vgl. ebenda, S. 219; Alice Holmes Cooper, *Paradoxes of Peace. German Peace Movements since 1945*, Ann Arbor 1996, S. 158–163.

²⁴ Finger, *The New Peace Movement*, in: Kodama/Vesa (Hrsg.), *Towards a Comparative Analysis*, S. 223.

²⁵ Vgl. Ziemann, *A Quantum of Solace*, S. 366–370.

bewegung motivierten ihren Aktivismus in diesem doppelten Sinn – Blockkonfrontation und nukleares Wettrüsten waren in ihren Augen das Ergebnis spezifisch männlicher Aggressivität und eines maskulinen Machbarkeitswahns²⁶. Die direkte Kritik dieser Gruppierungen richtete sich vor allem gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen; wichtige Aktionen der Frauenfriedensbewegung fanden vor amerikanischen Militärbasen in der Bundesrepublik statt²⁷. Aber das gemeinsam geteilte Deutungsmuster, das die nach sozialer Herkunft und politischer Orientierung durchaus heterogenen Frauen zusammenführte, mündete in eine generelle Kritik des durch den Kalten Krieg induzierten männlichen Politikstils. Im Zentrum ihres Protests stand der Versuch, die in Ost und West praktizierte „Politik der Sachzwänge“ durch eine an subjektiver Betroffenheit und den Bedürfnissen nach emotionaler Vergemeinschaftung orientierte Politikform zu konterkarieren²⁸. Vertreter der Grünen waren es auch, die wiederholt gemeinsame Aktivitäten mit unabhängigen Friedensinitiativen in Ländern des Warschauer Pakts anbahnten oder die Gelegenheit suchten, ihren Standpunkt dort offensiv zu vertreten. So fuhr Petra Kelly im Mai 1983 mit anderen Bundestagsabgeordneten der „Grünen“ in die östliche Hälfte Berlins und enthüllte auf dem Alexanderplatz Transparente mit Parolen wie „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Abrüstung in Ost und West“. Nachdem die Polizei die Transparente beschlagnahmt und die Gruppe in den Westen der Stadt abgeschoben hatte, sah sich Erich Honecker zu einer öffentlichen Entschuldigung dafür gezwungen, dass Polizeikräfte der DDR Mitglieder des Deutschen Bundestages derart attackiert hatten²⁹.

Schließlich war in der bundesdeutschen Friedensbewegung ein drittes wichtiges Motivcluster vertreten, das sich mit der Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ zusammenfassen lässt. Diese Forderung wurde vor allem von christlichen Friedensinitiativen beider Konfessionen und anderen Gruppen vertreten, die gewaltlose Aktionen befürworteten³⁰. Als eine apokalyptische Grundströmung strahlte es aber auch in weite Teile der Friedensbewegung hinein³¹. Hierbei handelte es sich um ein Perzeptionsmuster, das nicht nur aus einer Analyse der internationalen Politik resultierte, sondern auch aus einer religiös oder moralisch grundierten Wahrnehmung. Demnach stand die Menschheit nicht am Rande eines begrenzten Nuklearkrieges, sondern vielmehr vor einer allumfassenden nuklearen Katastrophe, die zur Selbstvernichtung der Menschheit führen werde. Ganz unabhängig von politischen Schuldzuweisungen komme es deshalb darauf an, durch Abrüstungsschritte jeglicher Art, darunter auch unilaterale Abrüstung,

²⁶ Vgl. ebenda, S. 383–386; Wittner, *Toward Nuclear Abolition*, S. 147.

²⁷ Vgl. z. B. Sabine Zurmühl, *Im Hunsrück Camp*, in: *Courage* 8 (1983), H. 9, S. 8f.

²⁸ Zit. nach Männer hört her, wir wollen keinen Krieg, in: *Courage* 5 (1980), H. 6, S. 4f.

²⁹ Vgl. Wittner, *Toward Nuclear Abolition*, S. 238 u. S. 284.

³⁰ Vgl. Finger, *The New Peace Movement*, in: Kodama/Vesa (Hrsg.), *Towards a Comparative Analysis*, S. 221 f.; Holmes Cooper, *Paradoxes of Peace*, S. 163–165.

³¹ Vgl. Benjamin Ziemann, *The Code of Protest. Images of Peace in the West German Peace Movements, 1945–1990*, in: *Contemporary European History* 17 (2008), S. 237–261, hier S. 250–252.

und durch eine Sensibilisierung des Gewissens den Boden für eine auf Gewaltverzicht basierende Gesellschaftsform zu schaffen³².

Damit sind in etwas schematischer Form drei wichtige Frames bezeichnet, mit denen sich die Friedensbewegung als Protestbewegung darstellen konnte. Das einigende Band dieser Perzeptionsmuster bildete der Anti-Amerikanismus als „Masterframe“. Mit ihm konnte der Protestanlass, der NATO-Doppelbeschluss, „in einen größeren ideologischen Zusammenhang eingebettet werden“³³. Die Friedensbewegung knüpfte damit an latente Perzeptionsmuster an, die in der bundesrepublikanischen Gesellschaft weit verbreitet waren. Diese stellten die USA als eine aggressive politische und kulturelle Großmacht dar, welche als spezifische Form der modernen Gesellschaft eine Bedrohung für die typischen Vergemeinschaftungsformen der Deutschen darstelle³⁴. Diese Perzeptionsmuster beeinflussten auch die generell negative Wahrnehmung der US-Außen- und Verteidigungspolitik in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit. So stimmten in einer Meinungsumfrage im Februar 1982 nicht weniger als 43 Prozent der Befragten der Auffassung zu, dass die Politik der Reagan-Administration gegenüber dem Ostblock zu „hard-line“ war. Eine Mehrheit der Befragten in der Bundesrepublik äußerte in verschiedenen Befragungen die Meinung, dass die Politik der USA eher das Risiko eines Krieges vergrößere als dem Frieden diene und dass Washington und Moskau das Wettrüsten gleichermaßen vorantrieben³⁵.

Solche Wahrnehmungsmuster waren, um dies noch einmal ausdrücklich festzuhalten, mitnichten das Ergebnis einer wie auch immer gearteten sowjetischen „Propaganda“ (S.231). Hier ist an die bereits zeitgenössisch von Wilfried von Bredow vorgetragene Vermutung zu erinnern, dass die Kommunisten in der Friedensbewegung „insofern eine problematische Rolle“ spielten, „als sie über ihre Kontakte nach Moskau dort ein falsches Bild von den Möglichkeiten und Grenzen der westdeutschen Friedensbewegung“ entstehen ließen³⁶. Ein Blick in die inzwischen zugänglichen Dokumente aus DDR-Archivbeständen bestätigt diese Vermutung. In einer im Mai 1981 für die SED erstellten „Information“ über die „Massenbewegung für Abrüstung in den NATO-Ländern“ heißt es etwa, die „Friedensinitiativen des XXVI. Parteitages der KPdSU haben der internationalen Bewegung für Frieden und militärische Entspannung bedeutende Impulse verliehen“, ohne dass diese Impulse freilich in irgendeiner Form spezifiziert worden

³² Vgl. Finger, *The New Peace Movement*, in: Kodama/Vesa (Hrsg.), *Towards a Comparative Analysis*, S. 221 f.

³³ Bonacker/Schmitt, *Politischer Protest*, S. 209.

³⁴ Vgl. mit weiterer Literatur Ziemann, *A Quantum of Solace*, S. 374–380; vgl. auch Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutus, *Antiamerikanismus und die europäische Moderne*. Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), *Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert*. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 10–33.

³⁵ Vgl. Wittner, *Toward Nuclear Abolition*, S. 149; Harald Müller/Thomas Risse-Kappen, *The Peace Movement and the Changed Image of America in West Germany*, in: *International Security* 12 (1987), S. 52–88, hier S. 66.

³⁶ Bredow/Brocke, *Krise und Protest*, S. 156.

wären³⁷. Die These der ferngelenkten Friedensbewegung verdankt sich also auch einem Mangel an Quellenkritik, da die hierarchischen Befehlsketten und Erfolgszwänge als Kontexte der für die SED und KPdSU erstellten Berichte ausgeblendet werden.

Wenn man mit Bezug auf die westdeutsche Friedensbewegung den hier analytisch wenig tragfähigen Begriff der Propaganda überhaupt verwenden will, so läge es sehr viel näher, die Friedensbewegung als Reaktion auf die amerikanische „Propaganda“ im Kalten Krieg zu verstehen. Denn führende Vertreter der Reagan-Regierung, und nicht zuletzt der Präsident selbst, lieferten mit ihren aus Sicht vieler Deutscher vielfach martialisch anmutenden öffentlichen Äußerungen dem Anti-Amerikanismus der Friedensbewegung wichtige gemeinschaftsstiftende Symbole und Begriffe quasi frei Haus. So rief die „Alternative Liste“ in Berlin für den 13. September 1981 zu einer „Demonstration gegen Haig in Berlin“ unter dem Motto auf: „Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden.“³⁸ Damit spielte man auf eine Äußerung des US-Außenministers Alexander Haig vom 12. Januar 1981 vor dem Senatsausschuss für Auswärtige Beziehungen an. Dort hatte der frühere General festgestellt: „Es gibt wichtigere Dinge, als im Frieden zu leben.“³⁹ Festzuhalten bleibt allerdings, dass allem Anschein nach nur wenige Anhänger der Friedensbewegung – trotz ihres Anti-Amerikanismus – eine äquidistante Haltung Deutschlands gegenüber beiden Supermächten befürworteten⁴⁰.

II. Der NATO-Doppelbeschluss und die Historiographie des Kalten Krieges

Abgesehen von diesen empirischen Defiziten in den genannten Darstellungen ist es auch problematisch, dass der internationale Entstehungskontext des NATO-Doppelbeschlusses und der politisch-gesellschaftliche Resonanzrahmen, in dem die Friedensbewegung operierte, sehr vage bleiben. Mit ihrer Koppelung von Innenpolitik und Außenpolitik unterliegen namentlich Herf und Wettig genau den Missverständnissen der Kreml-Führung der frühen achtziger Jahre, die sie ja eigentlich analysieren möchten. Es scheint deshalb angemessener zu sein, mit Leopoldo Nuti von einer „Krise der Entspannung“ zu sprechen, die von der Mitte der siebziger bis zur Mitte der achtziger Jahre reichte, als die dramatische These eines neuen Kalten Krieges und damit eine zeitgenössische Polit-

³⁷ Zit. in: Ploetz/Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung?, S. 309.

³⁸ Vgl. die Reproduktion des Flugblattes in: Fritz Teppich (Hrsg.), Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung 1980–1985, Berlin 1985, S. 74. Als eine weitere der vielen Bezugnahmen vgl. auch Löwenzahn. Informationen der Grünen Wählerinitiative Ammerland, Dezember 1981, URL: <http://www.gruene-edeweicht.de/Loewenzahnpapier_Archiv/loewenzahn_02_1981.pdf> (15. 3. 2009).

³⁹ Diese Äußerung ist neben weiteren einschlägigen Äußerungen von US-Militärs und Regierungsmitgliedern zitiert in einem Flugblatt der „Berliner Compagnie“ vom Frühjahr 1982, abgedruckt in: Teppich (Hrsg.), Flugblätter, S. 127.

⁴⁰ Vgl. Müller/Risse-Kappen, Peace Movement, S. 66.

parole in die Geschichtswissenschaft zu übernehmen⁴¹. Wettigs Versäumnis, auf diesen Kontext einzugehen, mutet umso merkwürdiger an, als er seit Mitte der siebziger Jahre die internationalen Zusammenhänge der Politik der Sowjetunion thematisiert⁴². Dagegen hat Helga Haftendorn den NATO-Doppelbeschluss treffend als ein „doppeltes Mißverständnis“ bezeichnet, während Eckart Conze daran erinnert hat, dass das Entstehen der Friedensbewegung jener Jahre auf ein fundamentales Sicherheitsdilemma der NATO verwies⁴³. Dieses Thema möchten wir im Folgenden weiter entwickeln.

Die politische Bedeutung von Termini wie „Sicherheit“ und „militärischer Sicherheit“ ist Schwankungen unterworfen und deshalb nicht leicht zu bestimmen. In einer Gesellschaft konkurrieren dauernd ganz unterschiedliche Konzeptionen und Semantiken von Sicherheit. Diese beinhalten jeweils verschiedene Interpretationen der Gegenwart, aber auch ganz unterschiedliche Prospekte einer möglichen Zukunft⁴⁴. Die Debatten um den „NATO-Doppelbeschluss“ stehen in enger Beziehung zu einer internationalen Diskussion über einen erweiterten Sicherheitsbegriff, die direkt mit den Krisenerfahrungen der siebziger Jahre zusammenhing⁴⁵. Die Wahrnehmung der Ölpreiskrise sowie die zunehmende Thematisierung von Umweltrisiken, die keine nationalstaatlichen Grenzen kannten, hatten auch die Regierung Schmidt zu einem Umdenken bewogen und selbst den liberalkonservativen Politikwissenschaftler Hermann Lübke veranlasst, von „der schwarzen Wand der Zukunft“ zu sprechen⁴⁶. Kennzeichnend für die Debatten der achtziger Jahre war es nämlich gerade, dass, anders als noch in den fünfziger und sechziger Jahren, die Proteste gegen Atomwaffen Hand in Hand gingen mit

⁴¹ Vgl. Leopoldo Nuti (Hrsg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/New York 2008.

⁴² Vgl. Gerhard Wettig, *Entspannung, Sicherheit und Ideologie in der sowjetischen Politik 1969–1979. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses*, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 68 (2009), S. 75–116. Vgl. als frühe Veröffentlichung ders., *Frieden und Sicherheit in Europa. Probleme bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und bei der wechselseitigen Truppenreduzierung in Europa (MBFR)*, Stuttgart 1975.

⁴³ Vgl. Helga Haftendorn, *Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979*, in: *VfZ* 33 (1985), S. 244–287; Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart*, Berlin 2009, S. 540–544; vgl. auch Andreas Rödder, *Sicherheitspolitik und Sozialkultur. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Geschichtsschreibung des Politischen*, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.), *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*, München 2007, S. 95–125, hier S. 98f.

⁴⁴ Vgl. Conze, *Suche nach Sicherheit*, S. 360f.; Franz-Xaver Kaufmann, *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften*, Stuttgart 1973, S. 341.

⁴⁵ Vgl. Uwe Nerlich, *Deutsche Sicherheitspolitik. Konzeptionelle Grundlagen für multilaterale Rahmenbedingungen*, in: Karl Kaiser/Hans W. Maull (Hrsg.), *Deutschlands Neue Außenpolitik*, Bd. 1: *Grundlagen*, München 1997, S. 153–174.

⁴⁶ Vgl. Kai F. Huenemoeder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973)*, Stuttgart 2004; Hermann Lübke, *Die schwarze Wand der Zukunft*, in: Ernst Peter Fischer (Hrsg.), *Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, München 1991, S. 17–31.

Warnungen vor den Gefahren einer friedlichen Nutzung der Kernenergie. Diese Proteste verstärkten sich nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vom April 1986 noch einmal und führten auch in der DDR und in anderen osteuropäischen Staaten zur Stärkung einer unabhängigen Friedens- und Ökologiebewegung⁴⁷.

Vor diesem Hintergrund erscheint auch die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss in einem anderen Licht: er markiert nicht mehr (wie bei Wettig) jenes magische Datum, an dem die Sowjetunion einmal mehr in die bundesdeutsche Politik eingreifen wollte und sich die Bundesrepublik unter der Führung redlicher Demokraten gerade noch einmal retten konnte. Er erscheint vielmehr als Symptom einer fundamentalen Krise der nordatlantischen Allianz, die in ihren Ursprüngen auf das Ende der sechziger Jahre zurückgeht und bis heute fortbesteht. Der NATO-Doppelbeschluss führte sowohl innerhalb der westlichen Regierungen als auch innerhalb der westlichen Gesellschaften zu erbitterten Debatten, in denen ganz verschiedene Sicherheitsbegriffe aufeinanderprallten⁴⁸.

Wie Helga Haftendorn schon Mitte der achtziger Jahre gezeigt hat, ging es beim NATO-Doppelbeschluss, anders als es Herf, Wehler, Wettig und andere suggerieren, nur vordergründig um die Frage der sowjetischen Hoch-Rüstung⁴⁹. Vielmehr war es der sozial-liberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt und dann auch der christlich-liberalen Koalition unter Helmut Kohl darum zu tun, die Glaubwürdigkeit der westlichen Nuklearstrategie zu erhalten. Diese war nach Ansicht der Bundesregierung nicht nur durch die Stationierung einer neuen Generation sowjetischer Mittelstreckenwaffen vom Typ SS-20 seit Mitte der siebziger Jahre gefährdet, die im Westen keine Entsprechung fand. Schmidt fürchtete vor allem, dass die amerikanische Nuklearstrategie die Sowjetunion nicht mehr glaubwürdig abschrecken konnte, da europäische und amerikanische Sicherheitspolitik sich in seinen Augen im Zuge der globalen Entspannungspolitik der Vereinigten Staaten ab Mitte der siebziger Jahre zu entkoppeln drohten. So war die Sicherheit in Europa in den bilateralen und multilateralen Ost-West-Verhandlungen ausgeklammert geblieben, und auch in den Verhandlungen über strategische Waffensysteme im Zuge der SALT (Strategic Arms Limitation Talks) hatte sie keine Rolle gespielt. In den Debatten zur KSZE wurden solche sicherheitspolitischen Fragen ebenfalls nicht explizit diskutiert; selbst in den Gesprächen über eine Reduzierung der Landstreitkräfte in Europa (Mutual Balanced Force Reduction) behandelte man Schmidts Sorgen nur am Rande⁵⁰.

⁴⁷ Vgl. Franz-Josef Brüggemeier, Tschernobyl. 26. April 1986: Die ökologische Herausforderung, München 1998; zur DDR siehe Michael Beleites, Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR, in: Hermann Behrens/Jens Hoffmann (Hrsg.), Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte, Bd. 3, München 2007, S. 179–224.

⁴⁸ Siehe dazu als Fallstudie für die sechziger Jahre Holger Nehring, Diverging perceptions of security: NATO and the protests against nuclear weapons, in: Andreas Wenger/Christian Nuenlist/Anna Locher (Hrsg.), Transforming NATO in the Cold War: Challenges beyond Deterrence in the 1960s, London 2006, S. 131–147.

⁴⁹ Vgl. Haftendorn, Das doppelte Mißverständnis, bes. S. 246.

⁵⁰ Vgl. Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983, S. 322 ff.

Während die westeuropäischen Staaten versuchten, innerhalb der Nuklearen Planungsgruppe der NATO eine Antwort auf diese Situation zu finden, vollzog die amerikanische Regierung ab Mitte der siebziger Jahre einen Wandel ihrer Nuklearstrategie, welche dem strategischen Gleichgewicht mit der Sowjetunion Rechnung tragen sollte und die strategische Bedeutung der in Europa stationierten Kernwaffen herunterstufte⁵¹. Nach dem Amtsantritt der Carter-Administration im Januar 1977 gerieten diese Probleme noch stärker in den Blick: Zum einen hatte die Sowjetunion neue mobile Mittelstreckenwaffen vom Typ SS-20 stationiert, zum anderen schien Carter im Zuge seiner deklaratorischen Entspannungspolitik bereit zu sein, Zugeständnisse an die Sowjetunion im Bereich nicht-strategischer Waffen zu machen, um dadurch die Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen zu einem positiven Ende führen zu können⁵².

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass die Nachricht von der Entwicklung der Neutronenbombe durch die USA eine solche innenpolitische Wirkung in der Bundesrepublik entfalten konnte⁵³. Denn während die Zeichen der Großen Politik auf Entspannung zu stehen schienen, deutete die Enthüllung des amerikanischen Journalisten Walter Pincus auf eine völlige Entkopplung von amerikanischen und deutschen Sicherheitsinteressen hin. So hing denn der Ursprung einer ersten größeren Friedensbewegung gar nicht mit den Versuchen der Sowjetunion zusammen, die bundesdeutsche Politik und Gesellschaft zu unterwandern. Vielmehr ging sie auf einen in der SPD-Mitgliederzeitschrift „Vorwärts“ publizierten Brief des Politikers Egon Bahr zurück, der dabei kein Blatt vor den Mund nahm. Bahr rief dazu auf, moralisch-ethische Kategorien vor die Bündnis-solidarität zu stellen, und verwies darauf, dass der Einsatz von Atomwaffen das Ende beider deutscher Staaten bedeuten würde. Seine Einlassungen stießen auf eine beeindruckende Resonanz⁵⁴.

Helmut Schmidts Rede vor dem Londoner International Institute of Strategic Studies im Oktober 1977 ist vor allem in diesem Zusammenhang zu sehen. Es ging Schmidt nicht um die Forderung nach neuen Waffensystemen. Vielmehr trieb ihn die Sorge um, dass die von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion angestrebte strategische Rüstungsbeschränkung auf Kosten der Europäer gehen und ihre Sicherheitsinteressen beeinträchtigen könnte. Schmidt stellte deshalb die Forderung nach einem politisch-militärischen Gleichgewicht als Voraussetzung

⁵¹ Report of the Secretary of Defense James R. Schlesinger to the Congress on the FY 1975 Defense Budget and FY 1975–1979 Defense Program, Washington, DC, 4 March 1974, S. 4f. u. S. 82.

⁵² Vgl. David N. Schwartz, *NATO's Nuclear Dilemmas*, Washington/DC 1983, S. 213f.

⁵³ Vgl. Walter Pincus, *Neutron Killer Warhead Buried in ERDA Budget*, in: *The Washington Post* vom 4. und 6. 6. 1977; zum Hintergrund der Debatte siehe Kristina Spohr-Readman, *Germany and the Politics of the Neutron Bomb, 1975–1979*, in: *Diplomacy and Statecraft* 21 (2010), H. 2, S. 259–285.

⁵⁴ Vgl. Egon Bahr, *Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden?*, in: *Vorwärts* vom 21. 7. 1977, S. 4; Thomas Risse-Kappen, *Die Krise der Sicherheitspolitik: Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984*, Mainz/München 1988, S. 87.

von Sicherheit und Entspannung in den Vordergrund⁵⁵. Dementsprechend ging es auch im NATO-Doppelbeschluss um die Wiederherstellung eines ausdifferenzierten militärischen Gleichgewichts zwischen West und Ost: Er bot Rüstungskontrollmaßnahmen an, drohte aber mit Nachrüstung⁵⁶, wenn sie nicht zustande kamen. Eine Gegnerschaft zum NATO-Doppelbeschluss hatte deshalb ursprünglich nichts mit kommunistischer Unterwanderung zu tun⁵⁷. Es war ja gerade der ambivalente Charakter von Schmidts Londoner Rede und des Beschlusses der NATO, der diese Debatten provozierte. Auch innenpolitisch musste die Bundesregierung unter Schmidt nach zwei Seiten argumentieren – einerseits gegenüber der CDU / CSU-Opposition, für welche die Nachrüstung Priorität hatte; andererseits gegenüber Teilen der SPD, angeführt vom Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner und dem Experten für Ostpolitik Egon Bahr, die für einen Vorrang der Abrüstungsverhandlungen plädierten⁵⁸.

Kurz gesagt fürchtete Schmidt also, dass die Vereinigten Staaten in dieser Situation entweder Westeuropa preisgeben oder es aber als potenzielles nukleares Gefechtsfeld ausweisen würden. Dieser Konflikt war bereits in der Konstruktion der NATO angelegt. Durch die Einführung der Strategie der „flexible response“ Ende der sechziger Jahre, also dem flexiblen Reagieren je nach Einschätzung der Gefahrenlage durch die USA, hatte sich dieses Dilemma noch verschärft⁵⁹; jetzt lag es vor aller Augen. Schmidts Bedenken unterschieden sich also gar nicht so fundamental von denen der Friedensbewegung. Der Bundeskanzler sah vor allem eine politische Bedrohung Westeuropas, weil die Sowjetunion die NATO unter Druck setzen konnte, während die USA unter den Bedingungen strategischer Parität viel zu schwach waren, um angemessen reagieren zu können. Die Friedensbewegung hingegen erkannte in dieser Situation eine akute Gefahr für das Überleben Europas. Darin spiegelt sich auch die funktionale Differenzierung von Politik in modernen Gesellschaften wider, die Wettig – ebenso wie der Kreml – souverän ignoriert: Denn in der Politik gibt es die, die Entscheidungen treffen, und jene, welche von diesen Entscheidungen betroffen sind. Während also die Entscheidungsträger Risiken sahen, die sie in Kauf nehmen mussten, aber kalkulieren konnten, stellten die Betroffenen die Gefahren, die damit zusammenhingen, in den Vordergrund. Beides waren zwei Seiten derselben Politik, sie konnten

⁵⁵ Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 8. 11. 1977, S. 1013–1020.

⁵⁶ Kommunique der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO, 12. 12. 1979, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 18. 12. 1979, S. 1409f. u. S. 1414.

⁵⁷ Vgl. z. B. Wettig, Sowjetunion, S. 223.

⁵⁸ Vgl. Herbert Wehner, Deutsche Politik auf dem Prüfstand, in: Die Neue Gesellschaft (1979), H. 2, S. 92–94; Manfred Wörner, Moskaus Überlegenheit muß abgebaut werden, in: Die Zeit vom 16. 2. 1979; Kurt Becker, Reden ist besser als rüsten. Der Hausstreit zwischen Schmidt und Wehner, in: Ebenda vom 9. 2. 1979.

⁵⁹ Vgl. Schwartz, Nuclear Dilemmas; Andrew J. Pierre, Lässt sich Europas Sicherheit von Amerika „abkoppeln“?, in: Europa-Archiv 14 (1973), S. 465–481; Dieter Mahncke, Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970, Berlin / New York 1972.

aber aufgrund der Ausdifferenzierung des politischen Systems nicht miteinander verbunden werden⁶⁰.

Daher rührte auch die Betonung der Angst in der Friedensbewegung der achtziger Jahre: sie brachte zum einen die widersprüchliche Position der Protestbewegung zum politischen System zum Ausdruck, implizierte aber auch eine Selbstermächtigung zum Handeln außerhalb der Strukturen des politischen Systems⁶¹. Deshalb – und nicht etwa aufgrund einer kommunistischen Unterwanderung – konnte die im Krefelder Appell angesprochene Frage nach einer „alternativen Sicherheitspolitik“ in der deutschen Gesellschaft eine solche Resonanz entfalten⁶². Im Zuge dieser Debatten entfernten sich die Sicherheitserwartungen weiter Teile der Bevölkerung zunehmend vom Diskurs der militärischen Experten in Bundesregierung, Bundeswehr und NATO⁶³. Die in der Bevölkerung verbreiteten Ängste erhielten dabei durch Schriften wie jene des NATO-Generals Sir John Hackett über „Welt in Flammen: Der Dritte Weltkrieg – Schauplatz Europa“ weitere Nahrung⁶⁴.

Das Gefühl persönlicher Betroffenheit durch die sicherheitspolitischen Entscheidungen motivierte viele Aktivistinnen und Aktivisten zur Teilnahme an den Protesten gegen die Nachrüstung⁶⁵. Gerhard Wettig macht es sich also zu einfach, wenn er diese Proteste einfach als kommunistisch gelenkt bezeichnet, ohne die darin vertretenen Positionen und deren Resonanz in der Gesellschaft ernst zu nehmen. Er ignoriert diese Ambivalenzen und Paradoxien ebenso wie das „nukleare Dilemma“ der NATO, das auch in der Bundeswehr erkannt wurde. Selbst der Nähe zum linken Milieu gänzlich unverdächtige Bundeswehrgenerale waren von diesen Ambivalenzen nicht frei. Diese traten in den öffentlichen Verlautbarungen der Bundeswehr nicht zutage, sie wurden aber intern durchaus reflektiert. Klaus Naumann hat deshalb treffend von der „gespaltenen Wirklichkeit der bundesdeutschen Streitkräfte des Kalten Kriegs“ gesprochen⁶⁶.

Diese Gespaltenheit zeigte sich daran, wie hochrangige Militärs in der Bundeswehr mit der nuklearen Abschreckung umgingen. Viele Generale kompensier-

⁶⁰ Vgl. Bonacker/Schmitt, Politischer Protest, S. 207.

⁶¹ Vgl. Schregel, Konjunktur der Angst, in: Greiner/Müller/Walter (Hrsg.), Angst im Kalten Krieg.

⁶² Krefelder Erklärung vom 16. 11. 1980, abgedruckt in: Alfred Mechttersheimer (Hrsg.), Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß, Reinbek 1981, S. 249 f.

⁶³ Vgl. Detlef Bald, Militär und Gesellschaft 1945–1990: Die Bundeswehr der Bonner Republik, Baden-Baden 1994, S. 130; Olaf Theiler, Die NATO im Umbruch: Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Nationalinteressen, Baden-Baden 2003, S. 181–210.

⁶⁴ Vgl. John Hackett, Welt in Flammen: Der Dritte Weltkrieg – Schauplatz Europa, München 1982; vgl. auch Anton Andreas Guha, Ende – Tagebuch aus dem 3. Weltkrieg, Königstein/Ts. 1983; Ekkehart Krippendorff, Was heißt und zu welchem Ende betreiben wir die BoA?, in: Wissenschaft und Frieden 7 (1989), S. 2.

⁶⁵ Vgl. z. B. Reiner Diederich, Eine Taube macht noch kein Plakat. Anmerkungen zur Geschichte des Friedensplakats seit den 20er Jahren, in: Hans Jürgen Hässler/Christian von Heusinger (Hrsg.), Kultur gegen den Krieg – Wissenschaft für den Frieden, Würzburg 1989, S. 349–363, hier S. 359 f.

⁶⁶ Klaus Naumann, Machtasymmetrie und Sicherheitsdilemma. Ein Rückblick auf die Bundeswehr des Kalten Kriegs, in: Mittelweg 36 14 (2006), S. 13–28, hier S. 17.

ten die Angst vor dem Einsatz von Atomwaffen mit dem Vertrauen in das System der Abschreckung. So fasste General Wolfgang Altenburg, Generalinspekteur der Bundeswehr von 1983 bis 1986 und ein entschiedener Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses, seine Haltung 1981 folgendermaßen zusammen: „Wenn Sie glauben, daß ich ein Mensch sei, der gut schläft, dann irren Sie. Ich fühle mich so oft bedrückt und so oft zum Kotzen [...], daß ich manchmal auch zum Druck für meine Familie werde.“⁶⁷ Wie sich anhand der gefährlichen Krise um die Atomübung „Able Archer“ vom November 1983 zeigen lässt, ging es Ost wie West darum, die Risiken von Nuklearwaffen zu kontrollieren. Die Thematisierung solcher Risiken hatte deshalb nichts mit kommunistischer Unterwanderung zu tun, sondern war direkt an das Problem gekoppelt, Gefahren zu benennen und den Einsatz von militärischer Technologie zu begrenzen⁶⁸.

In der Entstehungs- und Aktionsgeschichte der Friedensbewegung zeigte sich somit eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Sicherheitsversprechen des Staates. Diese Skepsis war zum einen eine Antwort auf das Scheitern traditioneller gesellschaftlicher Planungsvorstellungen in den siebziger Jahren, wie sie sich schon in der Umweltbewegung manifestiert hatte⁶⁹. Zum anderen trat hier die andere Seite des „Sicherheitsstaats“⁷⁰ zutage, dessen Expansion sich seit Ende der siebziger Jahre beobachten lässt. Denn gerade in der Auseinandersetzung um den Terrorismus und die Antworten der Politik auf diese Herausforderungen hatte sich in der Bundesrepublik eine politisch-gesellschaftliche Strömung herausgebildet, die eine gewaltfreie Form von Staatlichkeit forderte⁷¹ und damit nicht wenig zur „Entzauberung“ des Staates und seiner Lösungskompetenzen beitrug⁷². Selbst das von Wettig als Fremdkörper in der politischen Kultur der Bundesrepublik beschriebene KOFAZ war Teil dieser Entwicklungen, so dass man hier mit Klaus Naumann von einem „Sonderweg nach Westen“ sprechen kann, den auch kommunistische Gruppen beschritten – oft freilich von heftigen internen Debatten begleitet. Paradoxerweise führte die Auseinandersetzung um den

⁶⁷ Günter Geschke, Der General und das Friedens-Gefühl, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 1. 11. 1981, S. 5; vgl. Klaus Naumann, Generale in der Demokratie. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite, Hamburg 2007, S. 228.

⁶⁸ Vgl. Vojtech Mastny, „Able Archer“. An der Schwelle zum Atomkrieg, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 505–522; John Prados, The War Scare of 1983, in: Quarterly Journal of Military History 9 (1997), S. 63–71.

⁶⁹ Vgl. als Überblick Detlef Siegfried, Demokratie und Alltag. Neuere Literatur zur Politisierung des Privaten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 46 (2006), S. 737–750.

⁷⁰ Vgl. Joachim Hirsch, Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt a. M. 1986.

⁷¹ Vgl. Holger Nehring, The Era of Non-Violence: ‘Terrorism’ and the Emergence of Conceptions of Non-Violent Statehood in Western Europe, 1967–1983, in: European Review of History 14 (2007), S. 343–371.

⁷² Vgl. Clemens Albrecht, Schwanengesänge auf den Staat. Die Frankfurter Schule und ihre Bundesrepublik, in: Vorgänge 177 (2007), S. 31–39. Vgl. auch Martin H. Geyer, Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 47–93, hier S. 90.

NATO-Doppelbeschluss so dazu, dass auch jene kommunistischen Gruppen, die sich selbst als Fundamentalopposition zur Bundesrepublik begriffen, einer westlichen Staatsnormalität das Wort redeten, die sie in der Bonner Republik gerade nicht realisiert sahen, so dass sie eine „Umgründung“ forderten⁷³.

Die zeitgenössische Debatte um und die Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss werfen damit ganz grundsätzliche Fragen der zeitgeschichtlichen Historisierung von Begriffen wie „Staat“ und „Demokratie“ im Schatten nuklearer Bedrohung auf. In ihrer Beschreibung der sowjetischen Politik unterliegen Wettig und andere damit nicht nur der Selbstmythologisierung des Moskauer Politbüros. Sie perpetuieren auch den Mythos der Gegner der Friedensbewegung, stellvertretend für die westliche Welt zu sprechen⁷⁴. Eine Pointe der Debatte um Frieden und Sicherheit in den achtziger Jahren war jedoch, dass es gar nicht mehr evident war, was denn diesen „Westen“ ausmachen sollte – und dass gerade diese konkurrierenden Deutungen in der Debatte um die Friedensbewegung aufeinandertrafen⁷⁵. Diesen Aspekt hat bereits Jeffrey Herf in einem wegweisenden Artikel Anfang der neunziger Jahre klar gesehen, ihn dann aber normativ an einem auf Parlament, Parteien und Wahlen orientierten Maßstab gemessen und als Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eingeordnet⁷⁶.

Die bundesdeutschen Debatten um „Sicherheit“ hatten im Übrigen ein Pendant in der DDR. Die dortige unabhängige Friedensbewegung, die mit der westdeutschen Bewegung sowohl inhaltlich als auch personell verflochten war, brachte ganz ähnliche Argumente vor – ohne dabei allerdings den ideologischen Konsens der sozialistischen Gesellschaft fundamental in Frage zu stellen⁷⁷. Sie verwies damit auf Desintegrationserscheinungen im Warschauer Pakt, die trotz erster Untersuchungen über die Wahrnehmung sowjetischer Truppen auf dem Boden der DDR weiterhin der historischen Erforschung harren⁷⁸. Selbst Staats- und Parteichef Honecker bezeichnete im November 1986 die sowjetischen Atomraketen in der DDR als „Teufelszeug“, welches er „vom Boden der DDR zu entfernen“ wünschte⁷⁹.

⁷³ Vgl. Klaus Naumann, Auf einem Sonderweg nach Westen. Die „Blätter“ in den 80er Jahren, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 53 (2008), H. 4, S. 71–82.

⁷⁴ Vgl. Philipp Gassert, Ex Occidente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik, in: *Vorgänge* 154 (2001), S. 15–21.

⁷⁵ Vgl. Holger Nehring, Westernisation – a new paradigm for interpreting West European History in a Cold War context, in: *Cold War History* 4 (2003/04), S. 175–191.

⁷⁶ Vgl. Jeffrey Herf, Demokratie auf dem Prüfstand. Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungskrise in Westdeutschland, in: *VfZ* 40 (1992), S. 1–28.

⁷⁷ Vgl. Klein, „Frieden und Gerechtigkeit“; für 1989 vgl. Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 84–89; Karsten Timmer, Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000, S. 35–78.

⁷⁸ Vgl. dazu Silke Satjukow, Besatzer. „Die Russen“ in Deutschland 1945–1994, Göttingen 2008.

⁷⁹ Neues Deutschland vom 22./23. 11. 1986, S. 3. Zum Hintergrund vgl. Clemens Heitmann, Schützen oder Helfen? Luftschutz und Zivilverteidigung in der DDR 1955 bis 1989/90, Berlin 2006, S. 243–254.

Nichts ist so eindeutig, wie es scheint: Die Beziehungen zwischen „Moskau“ als Chiffre für den Warschauer Pakt und westlichen Kommunisten verliefen nicht annähernd so glatt, wie man nach der Lektüre von Wettigs Aufsatz meinen könnte. Es kooperierten nicht nur west- und ostdeutsche Friedensbewegungen. Auch westdeutsche Politiker waren eher zur Kollusion mit den kommunistischen Machthabern – gegen die Bevölkerungen der Staaten des Warschauer Pakts – bereit, als dies die Darstellung von Wettig nahelegt. In einem Gespräch zwischen Landesbischof Johannes Hempel aus Sachsen und dem DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi am 12. März 1982 berichtete der Bischof auch über seinen Besuch bei Bundeskanzler Schmidt. Hempel bemerkte: Schmidt habe sich danach erkundigt, „ob in der DDR das Entstehen einer der BRD vergleichbaren breiten unabhängigen Friedensbewegung zu erwarten sei“. Hempel hatte erwidert, dass das nicht der Fall sei: „Über diese Antwort schien Schmidt merkwürdigerweise sichtlich erleichtert.“⁸⁰

III. Schluss

Die meisten der von Gerhard Wettig, Hans-Ulrich Wehler und anderen formulierten Thesen hätten schon zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses formuliert werden können. Freilich hilft das der zeithistorischen Forschung wenig weiter. Der NATO-Doppelbeschluss wird von Herf, Wehler und Wettig zum Gründungsdatum eines neuen bundesrepublikanischen Grundkonsenses verklärt, der die Werte einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung repräsentiert. Dass zur gleichen Zeit auch eine unabhängige Friedensbewegung in der DDR im Entstehen war, die mit der bundesdeutschen und anderen westeuropäischen Friedensbewegungen personell und inhaltlich verknüpft war und sich heftigen Anfeindungen durch die SED ausgesetzt sah, bleibt in Wettigs Darstellung unerwähnt. Vergeblich sucht man auch die Tatsache, dass sogar hochrangige Vertreter der Bundeswehr vom strategischen Sinn des Doppelbeschlusses nicht überzeugt waren.

In seinem großen Zeitroman „Rabbit at Rest“ lässt John Updike seinen Protagonisten, den im Ruhestand befindlichen Autoverkäufer Harry „Rabbit“ Angstrom dem Kalten Krieg nachtrauern: „The cold war. It gave you a reason to get up in the morning. [...] Without the cold war, what’s the point of being an American?“⁸¹ Für das geteilte Deutschland scheint dieses Diktum zuweilen mutatis mutandis ebenfalls zuzutreffen, wie sich an der Meistererzählung einer von Moskau gelenkten bundesdeutschen Friedensbewegung zeigt. Mehr als zwanzig Jahre nach dem Mauerfall und dreißig Jahre nach dem Doppelbeschluss sollten sich die Zeithistoriker nicht mehr auf das Koordinatensystem des Kalten Krieges berufen, um historischen Ereignissen Sinn zu verleihen. Anstatt die ideologischen Kämpfe der achtziger Jahre neu auszufechten, sollte sich die zeithistorische Forschung den

⁸⁰ Information über das Gespräch Staatssekretär Gysi mit Landesbischof Hempel am 12. 3. 1982 in der Dienststelle des Staatssekretärs, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin, DY30, IV B2/14/18, Bl. 40.

⁸¹ John Updike, *Rabbit Angstrom*, New York 1995, S. 1370 u. S. 1452.

Widersprüchen und Paradoxien der letzten zwei Jahrzehnte der alten Bundesrepublik widmen und herausarbeiten, wie sich in den Kontroversen und Protesten jener Jahre innen- und außenpolitische Themen und Fragen vermischten. Erst auf diese Weise wird klar, was der Kalte Krieg für die bundesdeutsche politische Kultur und Gesellschaft bedeutete und dass sich diese Bedeutung mit Begriffen wie Antikommunismus nicht annähernd erfassen lässt. In der Entstehungsgeschichte der Friedensbewegung spiegelte sich nämlich auf einzigartige Weise die Konsolidierung der bundesrepublikanischen politischen Kultur im Streit um Sicherheit und Frieden wider. Der „Abschied vom Provisorium“ (Andreas Wirsching) fand auch in den Debatten um NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung seinen Niederschlag. Er bestimmt bis zum heutigen Tag die auf Frieden und Sicherheit geeichte politische Kultur des wiedervereinigten Deutschland⁸².

⁸² Vgl. Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006; vgl. auch Holger Nehring, *Die letzte Schlacht des Kalten Krieges. Friedensbewegungen in der deutschen Politik der achtziger Jahre*, Münster 2011.